



In Krisenzeiten die Biodiversität erhalten: ein Blick ins aktuelle politische Umfeld

Adèle Thorens Goumaz

SWIFCOB 23, 10. Februar 2023

Ein angespanntes Umfeld

- Krieg in der Ukraine, Energiemangellage
- Kritik an ungenügender Energie-Strategie 2050, nicht gehaltene Versprechungen
- Nationale Wahlen im Oktober 2023, Ökologie als strukturelle Herausforderung, Befürchtungen angesichts einer grünen Welle, grosse Spannungen in diesem Themenbereich



Die Biodiversität wird instrumentalisiert

- Die Biodiversität wird als einer der wichtigsten Bremsklötze bei der Umsetzung der Energiestrategie angesehen (nicht wie andere, z. B. die ungenügende Finanzierung).
- Die Biodiversität wird aufgerieben zwischen einer ökologischen Perspektive, die als positiv, modern und innovativ angesehen wird, und zur schnellen Realisierung der erneuerbaren Energien beiträgt sowie ökologischen Ansichten, die als konservativ (fortschrittsfeindlich), extremistisch, unreal, bestrafend und verhindernd wahrgenommen werden.
- Oft wird die Biodiversität mit dieser zweiten Ansicht in Verbindung gebracht, die auch Umweltschützerinnen und Naturschützern entgegengebracht wird (NGO und Parteien, besonders in einem Wahljahr).



Revision des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes (Mantelerlass)

Druck auf die Stromproduktion:

- Erhöhung der Produktionsziele für erneuerbare Energien (ohne Wasserkraft) bis 2035 (von 17'000 GWh -> 35'000 GWh) und bis 2050 (39'000 GWh -> 45'000 GWh).
- Erhöhung der Produktionsziele für Wasserkraft bis 2035 (37'400 GWh -> 37'900 GWh) und für 2050 (38'600 GWh -> 39'200 GWh).
- Versorgung im Winter: Erhöhung der Obergrenze für Importe auf 5000 GWh, Erhöhung der Produktion der erneuerbaren Energien auf mind. 6'000 GWh bis 2040.
- Fokus auf Wasserkraftwerke (obwohl 95 % des Potenzials bereits genutzt) und Solar-Anlagen in den Bergen (obwohl das Potenzial auf Gebäuden 110 % des aktuellen Verbrauchs entspricht und erst 6 % dieses Potenzials ausgebaut ist).
- Wenige Massnahmen zum Energiesparen (z. B. Elektro-Heizungen: Einsparpotenzial 2'000 GWh), auch wenn das BFE schätzt, dass die Schweiz 24 bis 40 % des Stroms verschwendet.



Verschiedene Angriffe auf die Biodiversität

- Aufhebung des Kompromisses zur Energiestrategie (damals gleichwertige Interessenabwägung zwischen Energie und Natur, erneuerbare Energieanlagen wurden als von nationalem Interesse eingestuft, auch in Inventargebieten, jedoch nicht in Biotopen von nationaler Bedeutung).
- Aufhebung des Verbotes zum Bau von Anlagen für erneuerbare Energien in Biotopen von nationaler Bedeutung (2 % der Fläche der Schweiz, ein Drittel der bedrohten Arten lebt darin) und in Wasservogel- und Zugvogelreservaten.
- Für Pumpspeicherkraftwerke in Inventargebieten die Möglichkeit ohne Schutz-, Wiederherstellungs- oder Ausgleichsmaßnahmen, von vollständigem Schutz abzuweichen; nationales Interesse steht über anderen Interessen von kantonaler, regionaler oder lokaler Bedeutung.



Verschiedene Angriffe auf die Biodiversität

- Für Pumpspeicherkraftwerke können Unterstützungsbeiträge gesprochen werden (Neubauten oder Erweiterungen), die bis zu 60 % der Investitionskosten decken.
- Keine Notwendigkeit mehr, dass ein Projekt wegen seiner Grösse oder Relevanz als von nationalem Interesse eingestuft wird, solange die Ziele für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien nicht erreicht wurden.
- Wenn ein nationales Interesse besteht, kann ein konzentriertes und verkürztes Bewilligungsverfahren verfügt werden.

Allerdings: auch zahlreiche positive Massnahmen stehen im Mantelerlass: Solar-Anlagen in der Landwirtschaftszone (unter der Bedingung dass die Produktion erhalten bleibt), Solar-Anlagen auf eidgenössischen Bauten, Verbrauchergemeinschaften, garantierter Mindestpreis für Ökostrom.



Solar-Offensive in den Bergen

- «Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter»: Verabschiedet im September 2022 mit sofortigem Inkrafttreten, eine Verordnung ist in Arbeit, das Gesetz behält bis Dezember 2025 seine Gültigkeit.
- Spezialkonditionen für den Bau von grossen Solar-Installationen mit einer Jahresproduktion von 2'000 GWh.
- Als von nationalem Interesse eingestuft, deren Ziel auch den Standort bestimmt, keine Verpflichtung zu einer Raumplanung, die Realisierung ist grundsätzlich prioritär gegenüber anderen nationalen, regionalen oder lokalen Interessen.
- Wenn in Schutzobjekten (Inventaren), keine Verpflichtung für einen vollständigen Schutz, aber Verpflichtung zu grösstmöglicher Schonung, inklusive Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen.
- Einmalige Rückvergütung von max. 60 % der Investitionskosten für die Installationen, falls bis zum 31. Dezember 2025 Strom ins Netz eingespielen wird.



Solar-Offensive in den Bergen

Allerdings:

- Keine Installationen in Mooren oder Moorlandschaften, Biotopen von nationaler Bedeutung und Wasservogel- oder Zugvogelreservaten
- Minimale Jahresproduktion: 10 GWh. Vom 1. Oktober bis 31. März mindestens 500 KWh pro 1 KWh installierter Leistung.
- Bewilligungen werden von den Kantonen in Absprache mit den Gemeinden und den Geldgebern erteilt.
- Die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung bleibt bestehen.
- Rückbau bei Ausserbetriebnahme.



Solar-Offensive in den Bergen

Weitere positive Massnahmen:

- Obligatorium für photovoltaische oder thermische Solaranlagen bei Neubauten mit einer massgeblichen Fläche von mehr als 300 m². Die Kantone können auch für kleinere Gebäude ein Obligatorium beschliessen.
- Obligatorische Nutzung von Solarenergie auf dafür geeigneten Anlagen des Bundes, diese Flächen müssen bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet sein.



Mittelfristige Hoffnungen

- Fortsetzung der Beratungen zum «Mantelerlass» im Nationalrat mit Verbesserungsmöglichkeiten
- Nicht alle photovoltaischen Projekte in den Alpen sind realisierbar (Energietransport-Infrastruktur nicht immer verfügbar).
- Positive Ansätze: Runder Tisch zu den grossen Wasserkraftwerken (Liste als Anhang zum Stromversorgungsgesetz)
- Laufende Debatte zum Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative, Verbesserungen möglich
- Nach den Wahlen 2023 scheint eine weniger polemische Politlandschaft möglich.
- Internationale Abkommen werden in Zukunft zentral (30 % der Fläche sollen unter Schutz gestellt werden, gemäss dem Montréal-Abkommen vom Dezember 2022).

